

Deutschlands Chancen nutzen

Tatkraft und neue Ideen

In einer kämpferischen Grundsatzzrede hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung abgerechnet. „Die bittere Wahrheit lautet: Wir leben von der Substanz“, sagte Angela Merkel auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf. Die SPD habe den Wandel versprochen, tatsächlich erlebten die Menschen jedoch „Unsicherheit, den Verlust von vertrauten Strukturen und Verzweiflung“. Dagegen forderte die Partei- und Fraktionsvorsitzende einen klaren Kurswechsel für 2006: „Wir machen es grundlegend anders, damit es grundlegend besser werden kann“, rief Angela Merkel in den Applaus der Delegierten. Deutschland brauche ein in sich schlüssiges Reformkonzept. Denn wir „wollen Deutschlands Chancen nutzen“, versicherte Angela Merkel.

Anstelle von Resignation und Griesgrämerei forderte Merkel die Menschen zu mehr „Optimismus, Tatkraft, Zuversicht und neuen Ideen“ auf. „Immer einmal mehr aufstehen als hinfallen – das muss unser Motto sein auf diesem Weg nach oben“. Bundeskanzler Gerhard Schröder bescheinigte die Partei- und Fraktionsvorsitzende, allenfalls über eine Art „sozialdemokratischen Patriotismus“ zu verfügen: Nur um eines einmaligen ökonomischen Effektes willen habe er den deutschen Nationalfeiertag abschaffen wollen. Die Union werde jedoch zu verhindern wissen, dass

„die deutsche Einheit an der Geschichtsvergessenheit eines einzelnen Mannes scheitert“, erklärte Angela Merkel unter dem Applaus der bald 1000 Delegierten. Demgegenüber verstehe die CDU „unsere Nation“ als „Schicksalsgemeinschaft“. Die Werte, die unser Leben in dieser Schicksalsgemeinschaft leiten würden, seien im Grundgesetz festgeschrieben und damit „Teil unserer Identität und Grutmesser unseres Handelns“.

tes Maß an unverhandelbaren Standards und allgemein gültigen Werten zu halten. Dazu gehöre die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache, zur Ausbildung der Kinder oder zum Umgang mit den Rechten der Frauen. Mit Blick auf eine EU-Mitgliedschaft die Türkei rief die Partei- und Fraktionsvorsitzende dazu auf, mit rot-grünen „Lebenslügen“ aufzuräumen. Zwar stehe die geopolitische Bedeutung der

Das Gesundheitskonzept der Union ist auf dem CDU-Parteitag mit überwältigender Mehrheit verabschiedet worden. Über 90 Prozent der Delegierten stimmten für das mit der CSU vereinbarte Papier. In ihrer Einführung unterstrich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Vorzüge des solidarischen Gesundheits-Prämiensmodells. Die bürokratische Umverteilung des heutigen

Systems werde „unglaublich vereinfacht“. Zudem werde mit dem Prämiensmodell der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen angeregt, weil die Kassen für alle erwachsenen Versicherten künftig den gleichen Betrag erhielten. Der Solidarausgleich finde im Unionskonzept nicht mehr nur im System der gesetzlichen Krankenkassen statt – über das Steuersystem würden künftig alle beteiligt. Und schließlich

hätten die Arbeitgeber – dank der Festschreibung ihres Beitrags auf 6,5 Prozent – „zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine feste, berechenbare Größe“. In der Gesamtschau sei das Modell ein „unumkehrbarer Einstieg in ein Prämiensystem“ und biete eine klare Alternative zur rot-grünen Bürgerzwangsversicherung. Im Detail sieht das Modell auf den ersten Blick nur deshalb kompliziert aus, weil es eine Umstellung

des gewohnten Systems ist. Dabei funktioniert es klar und einfach: Nach heutigem Stand berechnet jeder Versicherte durchschnittlich 109 Euro als persönliche Gesundheitsprämie an seine Krankenkasse, höchstens aber 7 Prozent seines Bruttoeinkommens. Ein Versicherter etwa mit einem Einkommen von 1.000 Euro monatlich muss also nur 70 Euro zahlen. Die Differenz zur vollen persönlichen Prämie von 109 Euro, also 39 Euro, wird

in einem automatisierten Verfahren über das Finanzamt zugezahlt. Der Versicherte muss dafür nichts zusätzlich tun. Die

Wirtschaft wird in zweifacher Weise entlastet: Erstens bleibt der Beitrag, den die Arbeitgeber leisten, dauerhaft bei 6,5

Prozent und liegt damit unter dem heutigen Durchschnitt. So kann die Wirtschaft auch verlässlich mit konstanten Kosten kalkulieren. Zweitens ist es ausgeschlossen, dass steigende Gesundheitskosten auf die Lohnnebenkosten durchschlagen und die Arbeitsplätze in Deutschland weiter verteuern. So bleiben deutsche Waren und Dienstleistungen künftig wettbewerbsfähig. Und das bringt Jobs und Wachstum.

Familie, ein Arbeitnehmer, Kind(-er)							
Monatliches Einkommen	Heutiger GKV-Beitrag (abgesondertes 7 Prozent)	persönliche Prämie (2 x 109, durchschnittlich auf Basis 2004)	Belastungs-obergrenze (7 %)	Notwendiger Solidar- ausgleich	Arbeitgeber- prämie/ Solidar- ausgleich (2 x 60)	Gesamt- Gesundheits- prämie (2 x 169)	Monatliche Entlastung im GKV- Bereich
1.000	70	218	70	148	120	338	0
1.500	105	218	105	113	120	338	0
2.000	140	218	140	78	120	338	0
2.500	175	218	175	43	120	338	0
3.000	210	218	210	8	120	338	0
3.500	245	218	245	0	120	338	27
4.000	245	218	280	0	120	338	27
5.000	245	218	350	0	120	338	27



Das Plenum des CDU-Bundesparteitages in Düsseldorf während der Rede der Bundesvorsitzenden Angela Merkel

Foto: Reitze

Das Projekt einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland wertete die CDU-Vorsitzende als gescheitert. „Multikulti ist nicht Integration“, betonte Angela Merkel. Das Ideal einer Multikultur führe zu Nebeneinander, nicht zu Miteinander. Merkel unterstrich, jeder, der dauerhaft in Deutschland leben wolle, habe sich an ein bestimm-

Türkei völlig außer Frage. Mindestens so sehr gehe es jedoch um die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union. Mit einer Türkei als Vollmitglied werde es keine vertiefte Integration mehr geben. Von daher werde die Union mit aller Entscheidung für ihr Konzept einer privilegierten Partnerschaft.

CDU-Generalsekretär **Laurenz Meyer hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit unzähligen gebrochenen Wahlversprechen Deutschland in eine Vertrauenskrise gestürzt zu haben.** In seiner Einführung zum Leit- antrag „Wachstum, Arbeit, Wohlstand“, sagte er, im Wesentlichen habe Schröder mit der Agenda 2010 die Uhr auf Sommer 1998 zurückgedreht. Deutschland habe die höchste Staatsverschuldung und die geringste Investitionsquote der letzten 50 Jahre. Mehr noch: Unter Rot-Grün habe die Armut in Deutschland dramatisch zugenommen. Der Kern der neuen sozialen Frage, so Meyer, bestehe heute in der

Schaffung von „Chancengerechtigkeit“ am Arbeitsmarkt. Um mehr Beschäftigung zu ermöglichen, stehe die CDU für Flexibilisierungen im Arbeitsrecht, die Stärkung betrieblicher Bündnisse für Arbeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. „Sozial ist, was

Arbeit schafft“, unterstrich Meyer. Obwohl Schröder für die „schlimmste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik Deutschland“ verantwortlich sei, widme er sich lieber der Sparte Unterhaltung, von Brioni-Anzügen bis zu einem Adventskalender für Hunde.

Sozial ist, was Arbeit schafft



WAHL VON EMINE DEMIRBÜKEN-WEGNER

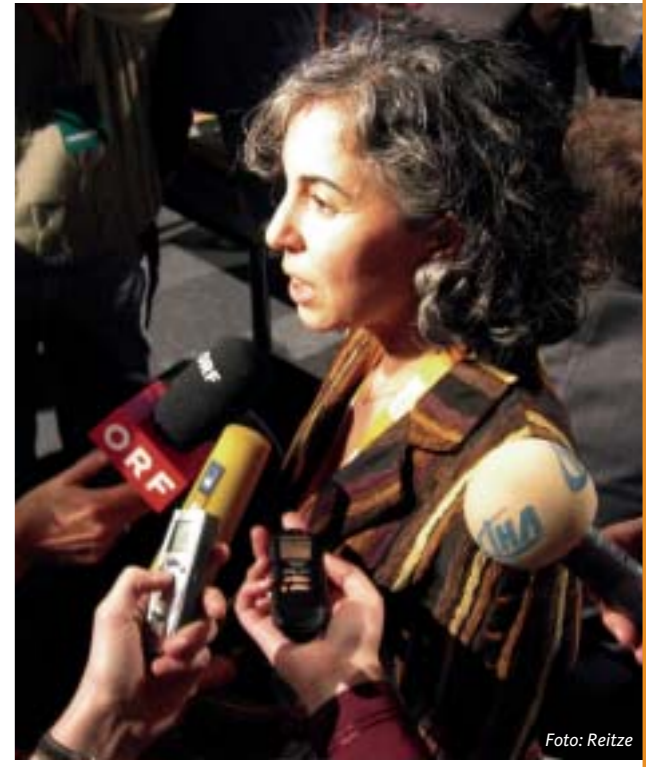
Aus Dankbarkeit etwas zurückgeben

Ihr Angebot wurde angenommen. Mit über Zweidrittel der Stimmen wurde Emine Demirbüken-Wegner für den CDU Landesverband Berlin in den Bundesvorstand der Christdemokraten gewählt. Bei ihrer Vorstellungsrede hatte die Integrationsbeauftragte aus Tempelhof-Schöneberg gesagt, sie wolle mit der Arbeit im CDU-Bundesvorstand ihrer politischen Heimat etwas von dem zurückgeben was sie und ihrer Familie in den letzten Jahrzehnten bekommen habe. Sie sagte: „Vor ihnen steht eine türkischstämmige Deutsche, die der deutschen Gesellschaft und dem deutschen Staat und ihrer Heimatstadt Berlin uneendlich dankbar dafür ist, was sie, ihre Eltern und ihre Geschwister an Chancen nutzen und an Leistungen erhalten haben“. Der

CDU Landesvorsitzende Joachim Zeller wertete die Wahl der 43jährigen als „einen großen Erfolg auch für die Berliner CDU“. Da die Christdemokraten aus der Hauptstadt nur 24 von 1001 Delegierten stellen, war der Landesverband auf eine breite Unterstützung aus den anderen Verbänden angewiesen. Emine Demirbüken-Wegner und Joachim Zeller waren sich in der Analyse der politischen Diskussion dieser Wochen einig. Es sei schon bemerkenswert sei, wie die Union noch vor wenigen Monaten als ausländerfeindlich und integrationsunwillig eingestuft wurde, wenn man etwa die Ausweisung von Hasspredigern oder bei der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit das eindeutige Eintreten für die Werte des Grundgesetzes forderte und heute „die Linken ihr Fähnchen in

den Wind der öffentlichen Meinung hängen“ und diese

Positionen für sich reklamierten. (dr)



Emine Demirbüken-Wegner beim Interview nach der Wahl

Foto: Reitze

Alle Anträge und Reden finden sie im Internet unter www.cdu.de

Foto: Reitze